

Halleische Reform.

Organ für das  werktätige Volk.

Abonnements-Bedingungen.

Die „Halleische Reform“ erscheint am 1. und 15. jeden Monats. Der Abonnementspreis beträgt in Halle: frei in's Haus 1 M. 50 Pfg. Durch die Post: 1 M. 72 Pfg. inkl. Bestellgeb. (Post-Zeitungsliste Nr. 3398.) Durch Kreuzband bezogen 2 M. 25 Pfg. für drei Monate. Einzelnummer 20 Pfg. — Inserate: Die fünfspalten Weit-Zeile 20 Pfennig. Alle Sendungen sind an Redakteur G. Schröder, in Halle a. S. Mittelstraße 6 zu richten.

Nr. 14.

Halle a. S., den 15. Juni 1913.

20. Jahrgang.

An die Bürger in Stadt und Land!

Das Urteil.

Mit dem Aufwand einer gewaltigen Zunge- und Federkraft waren Liberalismus und Sozialdemokratie ausgezogen, um in das „alte Preußen“ eine Breche zu legen, durch die der Geist eines Schiffers, Cassel und Viehweid unter der Devise „ex oriente lux“ (aus dem Osten kommt das Licht) seinen Einzug halten konnte. Zum zweiten Male ist der Kampf gekämpft worden mit dem Feldegeschrei: „für ein gerechtes Wahlrecht!“ und zum zweiten Male ist alles beim Alten geblieben, denn die geringen Veränderungen, die stattgefunden haben, sind durchaus einflusslos auf die Mehrheitsgestaltung des neuen Abgeordnetenhauses. Trauernd stellt die Vorkämpferin für südliche Mittelstandes über jüdisch-demokratische Herrschaftsgelüste fest, und die größeren und kleineren Glieder der Mossegemeinde schließen sich dem Klagen an.

Der preussische Mittelstand hat gesprochen. Botschaften stellen vor wenigen Tagen die sozialdemokratische Presse fest, daß das preussische Wahlrecht diesen Volksteil zum ausschlaggebenden Wahlfaktor mache, eine Feststellung, die im Gegensatz zu den liberalen Behauptungen die Auffassung unserer Rechtsparteien bestätigt. Das gegenwärtige Wahlrecht ist in der Tat trotz aller Mängel ein Mittelstandeswahlrecht, und unsere vaterländisch gesinnten Arbeiter brauchen darüber nicht traurig zu sein. Ihre Interessen sind dabei besser aufgehoben, als wenn ein demokratisches Wahlrecht dem Terrorismus der Sozialdemokratie und der Gewinnucht des spekulativen Großkapitals ausschlaggebenden Einfluß verschaffe. Die Mehrheit des preussischen Abgeordnetenhauses, die sich der verflüchtigte Mittelstand erkoren hat, hat auch zugleich ein warmes Herz für den Arbeiterstand, für dessen arbeitsame, intelligente Elemente eben diese Mehrheit die Möglichkeit des sozialen Aufstieges schaffen will durch Erhaltung einer breiten, lebensfähigen Mittelklasse.

Wäre die Politik der bisherigen Mehrheit keine Mittelstandspolitik gewesen, hätte sie den Lebensinteressen unserer Mittelschicht zuwidergehandelt, so hätte auch das preussische Wahlrecht ein Volksgericht nicht aufhalten können, denn ein solches Volksgericht hat eben schon einmal eine freisinnige und auch eine nationalliberale Mehrheit unter demselben Wahlrecht hinweggekehrt.

Alles liberale Geschrei um ein gerechtes Wahlrecht ist daher nichts weiter als der Ausfluß des trassierten Parteinteresses. Weil die ehemalige politische Macht verloren ging durch gewaltige Veränderungen an den Lebensinteressen des Volkes und nicht wieder erlangt werden kann infolge der besonnenen, wahrhaft vaterländischen Politik der jetzigen Mehrheit, soll diese Macht zurückerobert werden durch ein Wahlrecht, das den Minderheiten auf den Leib gepakt ist.

Der Mittelstand aber, soweit er nicht durch die irtüthende, verkehrende Tätigkeit der jüdisch-liberalen Presse in das Lager seiner Gegner geführt wurde, ist nicht gewillt gewesen, den Freunden des Großkapitals und der Partei des Umsturzes den Weg zur Macht zu ebnen. Preußen wird weiter das alte Preußen bleiben, das feste Bollwerk der Ordnung einer Autorität, der Gottesfurcht und Königstreue, das Preußen, in dem die Freiheit aller dadurch garantiert wird, daß die Schwachen Schutz finden sollen vor den Starken und Rücksichtslosen. Die Parole des Liberalismus: „Es handelt sich um das Wohl der Allgemeinheit!“ hat das Volk wohl durchschaut, es hat ferner herausgefunden, daß der Liberalismus nur um das Regiment im Parlament streitet, also den Parteidrucker hat zu deutlich hervortreten lassen. In Wirklichkeit aber ist

der Liberalismus der größte Feind des schaffenden Mittelstandes.

Jeder Bürger weiß, daß das jüdische Großkapital sich zum Totengräber des schaffenden Mittelstandes herausgebildet hat, ohnmächtig schmachtet der mittlere Geschäftsmann, der Handwerker um seine Existenz.

Der Liberalismus wandert in den Fußstapfen des „allmächtigen“ Hansabundes, der sich aus Warenhändlern zusammensetzt und von Juden geleitet wird. Die Liberalen führen ins Feld, daß die Angehörigen des Mittelstandes ihr Wahlrecht nicht hätten ausüben können, weil sie einen wirtschaftlichen Boykott von rechts und links zu gewärtigen hätten. Niemand handelt wohl schuftiger als die Freisinnigen, das hat die „Halleische Reform“ seit Jahren erleben müssen. Sobald ein solcher Schutz bemerkt, daß die „Halleische Reform“ Inserate enthält, läuft er zu den Geschäftshäusern und warnt diese, dies weiterhin zu tun, wenn ihn die Juden- und freisinnige Kundschaft lieb sei. Die Liberalen haben somit kund getan: „Wie ich denk und tu“, trau ich andern zu!

Konservativ bedeutet, am Gegebenen festhaltend im Staats- und Parteileben.

Liberal früher: freigebig, gütig; jetzt soviel wie freisinnig, nach Freiheit strebend, Beseitigung aller einengenden Schranken.

Die Aufklärung empfangt das Volk heute ausschließlich nur durch die von der Judenchaft abhängige Presse, das Volk wird irregeleitet, was nicht ihr Horn bläst, wird gelästert und verächtlich gemacht, wofür das Volk leider empfänglich ist.

Der Mittelstandsbund für Halle a. S. und den Saalkreis ist bemüht, das Volk von Vorurteilen zu befreien und die Bürger in ihrer selbstverschuldeten Unmündigkeit aufzuklären.

Wir finden unsere Vertretung im Reichstag durch die „Wirtschaftliche Vereinigung“. Wenn wir uns gegen unsere Bedrücker energisch wenden, ist es der erste, der Liberalismus, der die vernünftige Aufklärungsarbeit in lächerlicher Weise bekämpft.

Nicht nur in der Stadt sondern auch auf dem Lande saugen unsere Bedrücker das Volk aus. Hier kann nur offene Sprache Erfolg und Verbesserung der Verhältnisse zeitigen. Einen Kuhhandel, wie ihn die Parteien im Reichstag treiben, geben wir niemals ein. Wir haben von allen Parteien nur schöne Reden gehört, aber Erfolge noch nicht erlebt. Wir geben was dem Kaiser ist und fordern was dem Volke zukommt.

Ihr Bürger in Stadt und Land

merkt wohl, gemeinnützige Hilfe kommt von „oben“ niemals, wir müssen uns selbst helfen durch Zusammenschluß und Opferfreudigkeit.

Das Kriechen vor dem Judenwolf im modernen Deutschland rächt sich immer schwerer.

Wer mit uns denkt und fühlt, der melde sich als Mitglied zu dem Mittelstandsbunde für Halle a. S. und den Saalkreis (gegr. 1905) Geschäftsstelle Mittelstraße 6¹¹.

Warenhäuser!

Wer kennt sie nicht, diese Auswüchse der modernen Entwicklung, diese riesigen Verkaufsstätten, wo Waren aller Art die Kaufkraft wachrufen und undeutsche Lust auf Einfall und Begehlichkeit spekuliert. In den Großstädten wuchsen sie zuerst empor, immer gewaltiger wurden dort ihre Dimensionen, immer umfangreicher, umfassender wurde ihr Inhalt. Und beim Essen wuchs der Appetit. Ihre Nummerierten Arme griffen fester zu. Filialen in Mittelstädten folgten, und ihre Automobille zogen die Kreise weiter und weiter in die Provinz hinein. Veränderte Gebräuche und Kaufleute aller Art konnten neben diesen Wunderblumen nicht mehr gedeihen. Sie mußten trauernd zusehen, wie jene auf ihren Trümmern eine glänzende Existenz erlangt. Der Kapitalismus siegte auf der ganzen Linie, und hoch über den vernichtenden Unglücklichen mit den freundlichen Worten: „Das Rad der Weltgeschichte läßt sich niemals aufhalten. Es ist das Schicksal aller Schwachen, daß sie von den Starken aufgefressen werden.“

Unten aber lauerte der stärkere Bruder dieser Göttin, der Sozialismus, und flüsternde den Armen zu: „Ihr Loren, warum stüßt ihr weiter diesen Racker Staat, der seine Schuldigkeit euch gegenüber nicht mehr erfüllt, der euch zugrunde gehen läßt trotz aller Arbeit, aller Tüchtigkeit und aller Vaterlandsliebe. Folgt meiner Fahne und werdet Sozialdemokraten. Ein neuer Staat soll den alten ablösen, ein Staat, wo die Armen und Schwachen wieder zu ihrem Rechte kommen.“

Kann man sich wundern, wenn viel ehemalige Mittelstandsexistenzen, durch den rückwärtslosen Egoismus des Kapitals unter dem Schutze liberaler Freiheitschwärmerei aus Selbstständigkeit und Besitz hineingeworfen, solchen Lockungen folgten und noch folgen? Jedes neue Warenhaus, das — um mit einem Hamburger Sozialistenblatte zu reden — „wieder Tausenden von selbständigen Existenzen den Boden unter den Füßen wegzieht“, schafft dem gegenwärtigen Staate und seiner Gesellschaftsordnung fast ebenso viele Feinde.

Und diese Warenhäuser sind doch nicht die einzigen Giftblumen der modernen Entwicklung. Die großen Veranlagungen, die Filialunternehmungen, die Jahr oft nach Hunderten zählenden Zweigstellen, große Aktienunternehmungen, die Jahr für Jahr eine Anzahl selbständiger Betriebe in sich aufsaugen, schaffen dem sozialdemokratischen Revolutionsgedanken immer neue Scharen Anhänger. Man bedachte doch, daß allein durch die Großmühlen, die am Mittel- und Unterlauf unserer großen Ströme entstanden sind, jährlich 500–600 kleine Müllerebetriebe vernichtet werden; dann wird man sich vielleicht ein Bild machen können von der ungeheuren

Schädigung, die die gesamte kapitalistische Entwicklung unserem werktätigen Mittelstande und damit dem Staatsgedanken bringt.

Wie Hohn klingt gegenüber diesen Erwägungen die liberale Forderung, den Großgrundbesitz nach Möglichkeit zu zerstückeln, um aus ihm im Staatsinteresse recht viele ländliche Mittelstandbesitzungen zu schaffen. Ein Großgrundbesitzer hat noch niemals kleinere Grenzlinien vernichtet. Selbst wenn er wirklich zur Vergrößerung seines Besitzes Bauerngüter aufgekauft haben sollte, so sind diese Bauerngüter freiwillig entäußert worden und zwar oft genug zu höherem als normalem Werte.

Wer aber hat schon einmal gehört, daß der Kapitalist, der ein Warenhaus gründet, die der Vernichtung geweihten Geschäfte aufkaufe oder auch nur entschädige?

Wäre es nicht im Sinne der Gerechtigkeit, die der Liberalismus bei jeder Gelegenheit im Munde führt, wenn mit der Aufteilung der Rittergüter die Auf-

teilung der Warenhäuser verlangt würde und mit dem Verbot neuer Fideikomisse das Verbot neuer Warenhäuser?

Aber das hat bisher noch kein liberales Blatt und kein liberaler Redner verlangt. Und der deutsche Mittelstand wird das auch nie von dieser Seite aus hören, denn der Liberalismus hat für den Mittelstand nur Pyrasen; seine Laten gehören dem Kapitalismus.

Möchte doch endlich einmal den Kreisen, die heute einen Verzweiflungskampf führen um ihre Existenz, die Erkenntnis kommen, daß sie ihren Totengräber wählen, wenn sie einen liberalen Stimmzettel in die Wahlurne legen. Möchte aber auch den verantwortungsvollen Stellen im Staate und im Reiche die Erkenntnis kommen, daß alle Mittel gegen die Umsturzpartei nichts nützen, wenn man alle diejenigen ungeschützt läßt, die allein imstande sind, eine breite Grundlage für ein gesundes Staatsgefüge abzugeben.

Der deutsche Kaiser.

In der Mitte dieses an geschichtlichen Erinnerungen reichen Monats feiern wir das Regierungsjubiläum unres Kaisers. Das bietet uns einen ernst-freudigen Anlaß, darüber nachzudenken, was Gott, der Vater der Völker und Menschen, der deutschen Nation an Macht und Segen mit dem Reichsoberhaupt verliehen hat.

Die Nachwelt hat es leichter, Herrschercharaktere und Taten der Volksgeschichte zu begreifen und zu würdigen als die Mitwelt, die vom Kampf widerstreitender Interessen und Leidenschaften bewegt, in ihrem Urteil vielfach geblendet und befangen ist. Und doch können wir heute schon charakteristische Züge im Verhalten unres Kaisers erkennen und freudig ansprechen, ohne befürchten zu müssen, von dem späteren Geschichtsschreiber des Jutums bestrafung zu werden.

Ein kurzer Hinweis auf die Vergangenheit macht uns die Eigenart der Gegenwart fühlbar. Was war der Kaiser im alten Reiche? Bistraf eine nachfolgende Titular-Instanz. Und selbst die großen kaiserlichen Heldengestalten, die umwoben vom Zauber der Romantik, in Sang und Sage fortleben und sich mit unauflöflichen Jügen in das goldene Buch der Geschichte eingetragen haben — welder eine schmerzvolle Tragik umgibt sie doch! Um sich im Herzen Deutschlands gegen die eifersüchtigen Basallenfürsten behaupten zu können, mußten die alten Kaiser jenseits der Alpen kämpfen; und in diesem ungleichen Kampfe gegen den Papst und die Welchen erblich der Glanz der Kaiserkrone und verblutete sich die Kraft der Nation. — Und heute? Da umhären die deutschen Fürsten und Stämme in Treue den Kaiserthron. Der Kaiser ist in der Weltpolitik eine ausschlaggebende Persönlichkeit und der Glanz kaiserlicher Machtvolle dringt über die Meere bis in's dunkelste Afrika.

Mit hohem Idealismus hat unser Kaiser gleich zu Beginn seiner Regierung den Gedanken des deutschen Weltreiches erfaßt und mit zäher Beharrlichkeit, die Voraussetzungen hierzu, die Stärkung von Heer und Flotte, durchgeföhrt. „Auf das Meer lenken sich unres Gedanken, das Meer, das Sinnbild der Gwigkeit. Meere trennen nicht, Meere verbinden.“ Reichsgewalt ist Segen. Aber nun ist es erfreulich und fast überraschend wahrzunehmen, daß von dem Erben glorreicher, staatlicher und militärischer Ueberlieferungen, Kriegsheer und Flotte benutzt wurden als die starken Werkzeuge des — Friedens. Wie es Kaiser Wilhelm I. einst ausgesprochen, daß das neu erstandene Deutschland, nicht ein Reich kriegerischer Eroberungen, sondern nationaler Wohlfahrt und christlicher Gewissung werden solle, so hat's auch unser Kaiser stets gemeint. Er sieht in Heer und Flotte den Schutz für den gewerbetreibenden Bürger, die Förderung von Industrie und Welthandel und die Möglichkeit zur Entfaltung und Hochhaltung deutscher Kulturmissionen. Solche Gedanken hat unser Kaiser wiederholt bei feierlichen Anlässen an historischen Orten zum Ausdruck gebracht. Seine Reden sind getragen vom edlen Pathos der Gedanken, ausgezeichnet durch die Schönheit bildkräftiger Sprache; sie feiern, was ein deutsches Herz mit Glanz und Liebe erfüllt. In den kaiserlichen Reden finden wir einen schwingvollen Vobpreis auf deutsche Natur und Geschichte, deutsche Kunst und Kultur; eine Würdigung deutschen Familienlebens und der hohen Aufgaben deutscher Weiblichkeit. So sagte der Kaiser einmal wörtlich und sein Auspruch hat eine klärende, versöhrende Wirkung: „Die deutschen Frauen besonders sollen die junge Generation erziehen, vor allen Dingen zum Gehoriam und zum Respekt vor dem Alter! Sie sollen Kindern und Kindeskindern klarmachen, daß es heute nicht darauf ankommt, sich auszuleben auf Kosten anderer, seine Ziele zu erreichen auf Kosten des Vaterlandes, sondern einzig und allein das Vaterland im Auge zu haben, einzig und allein alle Kräfte und Sinne für das Wohl des Vaterlandes einzusetzen.“

Vor allem aber festsetzt uns monarchisch gesinnte Christen immer wieder die Betonung der Religion, als der Grundlage eines gesunden Volkslebens und der Quelle der persönlichen Macht des Kaisers, der sich dem Gebote Gottes und nicht dem schwankenden Mehrheitswillen der Parteien verantwortlich fühlt.

Nicht so erfolgreich wie in dem Bestreben, den Frieden zu erhalten und die Flotte zu mehren, war der

Kaiser mit seinem edlen Willen, das Christentum als Macht im öffentlichen Bewußtsein der Nation zu festigen und die sozialen Gegensätze zu mildern. Gegen die kaiserliche Sonne färrnen sich rote und trübe Wolken. Aber daß diese Wolken sich zuletzt doch zerstreuen und die Sonne in siefhaftem Glanze leuchtet, das Reich sich gegen seine drohenden Feinde im Innern und gegen die lauernden Reiber draußen in der Welt kriegerisch und friedevoll behauptet — das ist beim Kaiserjubiläum unser Gebet, unres Hoffnung. Dafür läßt uns arbeiten und kämpfen!

Galle.

Aufgepaßt!

Reichsstaatsfischeine zu 5, 20 und 50 Mark mit dem Ausfertigungsdaten 11. Juli 1874 und dem 16. Januar 1882 sind außer Kurs gesetzt. Sie werden noch bei der Königlich-preussischen Kontrolle der Staatspapiere in Berlin eingelöst.

Beamte und gewerblicher Mittelstand.

Ein Staatswesen ist ein Organismus, der nur dann zur Zufriedenheit aller funktioniert, wenn seine Teile wie die Räder einer Uhr ineinandergreifen. Leidet ein Teil Schaden, so wird auch das Ganze in Mitleidenschaft gezogen. Nicht immer treten beim Staate die Folgen unmittelbar in Erscheinung, sie äußern sich meistens erst später, und daher wird dem Zusammenhange zwischen Ursache und Wirkung meist nicht die notwendige Beachtung geschenkt.

Der gewerbliche Mittelstand gehört zu den unbedingt notwendigen Grundlagen des Staates. Schwer ringt er heut um seine Existenz, denn die Auswüchse der kapitalistischen Wirtschaftsforn auf der einen und die an den sozialistischen Zukunftsstaat mahnenden Konsumvereine auf der anderen Seite arbeiten an den mittelständlerischen Existenz wie zwei gewaltige Mähfräse, während die unselbständigen Arbeiter in fast jeder Hinsicht den Schutz und die Hilfe des Staates genießen, wird dem gewerblichen Mittelstande diese Hilfe meistens verjagt und die Selbsthilfe empfohlen. Dafür bepaßt man ihn immer mehr mit Lasten und Pflichten.

Geno so notwendig wie ein leistungsfähiger gewerblicher Mittelstand ist für den Staat ein tüchtiges, gesundes Beamtentum. Schafft der eine jährens, jährens neue Kraft in materiellen Werten, so sorgt der andere für den geordneten Gang des Ganzen. Fehlt die Kraft, oder läßt sie nach an Stärke, so müssen auch alle ordnenden Faktoren nichts mehr. Das sollte man sich auf Seiten des Beamtentums doch immer klar machen.

Wir sind durchaus Freunde der Beamten und werden nie emangeln, für ihre berechtigten Interessen einzutreten, wie wir es bisher getan haben. Aber gerade deshalb müssen wir auch fordern, daß man gerecht denkt und handelt, daß man den staatlichen Notwendigkeiten volles Verständnis entgegenbringt. Der Beamte muß durch den Staat eine sorgenfreie Existenz gewährleistet bekommen, aber wenn das geschieht ist — und es ist in letzter Zeit unter großen Opfern der schaffenden Stände in dieser Hinsicht viel geschehen —, so hat er auch alles zu unterlassen, was diejenige schwächt, welche diese Opfer bringen. Man darf nie vergessen, daß bei oder etwaigen Weisheitsheit der garantierten Lebenshaltung der Beamte den außerordentlichen Vorzug der Sicherheit vor allen Wechselfällen des Lebens genießt, die durch Arbeitslosigkeit, Verluste, Krankheit u. die freien Berufe treffen können und oft genug treffen. Welche Summe müßte allein ein Handwerker oder Kaufmann jedes Jahr sparen können, um sich für das Alter oder bei eintretender Invalvidität eine Rente zu sichern, die der Pension des in ähnlichen Einkommensverhältnissen befindlichen Beamten gleichkäme!

Es ist daher im höchsten Grade bedauerlich, daß sich immer mehr in Beamtentreiben der Brauch eingebürgert, dem freien Erwerbsstande in den verschiedensten Formen Konkurrenz zu machen. Erinnert sei hierbei an die Beamtenskonsumvereine und ähnliche Dinge. Erinnert sei aber vor allen Dingen an den Brauch, mit Umgehung des Zwischenhandels die Bedürfnisse des täglichen Lebens gemeinschaftlich zu beziehen. Die Fälle, die uns in letzter Zeit gerade in dieser Beziehung mitgeteilt worden sind, fordern die schärfste Kritik

heraus. Wir wollen zunächst noch keine Namen nennen. Wir hoffen, daß diese sachlichen, wohlgemeinten Zeilen manchem die Augen öffnen. So gibt es z. B. in Groß-Berlin eine Organisation, die in ihrem Geschäftsgebäude fast 200 Beamte beschäftigt. Viele von ihnen treiben nebenbei einen schwinghaften Handel mit Zigarren, Kaffee, Schokolade, Wein, Fischen, Wurst u. Allen die Firma Gerold soll in einem Monat für 800 bis 1000 Mark Waren durch diesen eigentümlichen Zwischenhandel abgeben. Die Wohnung des Portiers dient dabei als Warenlager, und die amtlichen Arbeitsräume werden als Laden benutzt.

Wohin soll das führen? Wenn dieser Brauch weiter um sich greift, sagt sich das Beamtentum selbst den Akt ab, auf dem es steht; denn es sieht und fällt mit einem gesunden, leistungsfähigen Generalsstande, auf dessen Zieuerkraft sein eigenes Einkommen beruht, und dessen Vorhandensein die monarchischen Staatseinrichtungen garantiert, die zugleich auch die Vorzüge und Rechte des Beamtentandes sichern.

Im ersten Akt des Prozesses William Pfeiffer war der Schlupfeste, daß in ein Rechtsanwalts-Bureau hineingelockt wurde, um sich den Bureau-Vorsteher genauer anzusehen. In der Verhandlung fiel auch der Gedanke, die Scheidung der Angeklagten Pfeiffer und Becker in juristische Form gekleidet zu haben, auf den Bureau-Vorsteher. Dieser Herr glaubte, dem Gericht planlos machen zu können, daß seine 27 jährige Tätigkeit jeden Verdacht von ihm nehmen müße, was das Gericht aber nicht glaubte, ihn vielmehr als für stark verdächtig erklärte und seine Verteidigung ablehnte.

Wir haben u. a. ein andere Verfahren erfahren. Einer 72 Jahre alten Frau wurde ihr Geschäft auf notarielle Weise abgekauft. Sie hatte geglaubt, daß dies auf ehrliche Weise erfolgt sei. Als sie vom Gerichte die Benachrichtigung erhielt, gingen ihr die Augen auf, geprellt worden zu sein. Dies beauftragte der Bureau-Vorsteher damit, daß er der alten Frau, als er ihr 3000 Mark Kaufgeld in die Tasche zählte, erklärte: „Nun können Sie ins Wasser gehen!“ Die Sache war also wieder einmal abgehoben.

Der Bureau-Vorsteher war stolz auf seine „Tüchtigkeit“ und trug einen solchen Prosz zur Schau, daß stellenweise der Bürgergeist nicht breit genug erschien. Wir raten ihm nun aber, etwas behütet an den Häusern entlang zu gehen, denn er ist jetzt unten durch. Die rechtsfähigen Rechtskonsulenten, die er herablassend ansahnte, hatten seine Bureau-tätigkeit längst durchschaut. Nun sollte man aber auch feststellen, welche Summe der Bureauauf seiner Herren und Meistern auf solche Art und Weise eingetragen hat. Haben diese die Verträge von Pfeiffer usw. geprüft und genehmigt, oder hat der Bureau-Vorsteher nebenbei geminkelt? Hat die Schläue nicht gar ein Hausgrundstück abgekauft?

Die weiteren Verhandlungen ergaben, daß der Angeklagte Pfeiffer bei seinem verbrecherischen Handeln sich nicht gekümmert hat, seine Angehörigen mit hineinzuwickeln, sogar seinen 72 jährigen Vater, der zwar neben der Tochter des schweren Sünder freigesprochen worden ist, die aber unter der über die Familie gebrachten Schmach zu büßen haben werden.

Das Pfeiffer'sche Werk steht keineswegs einzig da, es werden täglich Meinende geschworen, die leider nicht ans Tageslicht kommen. Pfeiffer ist auf lange Jahre unheilbar gemacht worden, die herumlaufenden Verbrecher aber werden wohl zur Einkehr gebracht worden sein, da die Sonne doch alles an den Tag bringt. Das sollten sich die zahlreichen Schwindler im Städtchen vor Augen halten.

Der Artillerie-Verein hat eine Fahne, die am Sonntag feierlichst geweiht wurde. Der Festzug bewegte sich nach 3 Uhr nach der „Saasflohbrauerei“. Um 5 Uhr hatten aber noch nicht alle Vereine Einlaß gefunden. Sonderbar, die Artillerie hat eine Fahne!

Im Zoo übt die Militär-Truppe große Anziehungskraft auf jung und alt aus. Es ist aber auch hochinteressant zu sehen, wie sich die kleinen Menschen als geschickte Variete-Künstler zeigen.

Wie er's macht, macht er's verbreitert. Es wird gelacht, wenn bei Regenwetter der Sprengwagen in Tätigkeit ist, geschimpft aber wurde kürzlich, als der Führer eines Sprengwagens, nachdem ein winziger Sprößling eingeklebt hatte, den Wagen an ein Kanal-

Fidel-
bedner
aus
Daten
Kampf
gräber
schichte
Er-
wenn
rund-

loch fuhr, den Schieber zog und das Wasser in den Kanal laufen ließ. Passanten meinten, es sei Wasser-
vergiftung. Sie haben Recht, der Knecht konnte das
Wasser mit nach dem Schuppen nehmen, denn lange
hielt die Regenwolke doch nicht an.

Die Jugendwehre genießt nicht alleseitige Hoch-
schätzung, was uns die fortgeschrittenen mütterlichen Zu-
schriften bestätigen. Bei der Artillerie-Fahnenweihe
sollen die grauen Zungen auch wieder mit im Zuge
gewesen sein; ein Briefschreiber hat sogar die „Wander-
vogel“ vermisst. Ein anderer behauptet, es würden
die Zungen viel zu sehr pouffiert. Der letzte Brief-
schreiber hat sich wieder wüßig darüber geärgert, daß,
als der imposante Zug sich durch die Wuchererstraße
bewegte, die „Elektrische“ auf nicht wenige Minuten
zum Stillstand gebracht worden ist.

* Wann hört der **städtliche Fleischhandel** auf?
Wollen wir auch erst so viel zusehen wie die Berliner?
Die Fleischermeister werden doch nicht niedergetrampelt
und das Publikum hat auch nichts gepart.

Falsche Zwanzigmarkheine. 3000 Mark Belohnung.

Eine Belohnung von 3000 Mark schreibt das
Reichsbankdirektorium für die Ermittlung von Fälschern
von Reichsbanknoten aus.

„Seit kurzem,“ so lautet die Ausschreibung, „sind
Fälschungen von Reichsbanknoten zu 20 Mark vor-
gekommen. Diese tragen das Datum vom 21. April
1910, die Nummer E 3 192 236 und den Kontroll-
buchstaben L. Sie machen im Ganzen einen etwas
verhältnismäßig geringen Eindruck. Das Datum, das Wort
„Reichsbankdirektorium“ und die Unterschriften unter
diesem sind nicht ausgefallen, als sie bei den echten
Noten sind. Die Strafandrohung ist auf beiden
Seiten der Fälschung schlecht aufgedruckt, zum Teil
unlesbar.“

Rechtspredigt.

Die Sarangische höhere Behauptung klagt gegen den
Bücherrevisor Paulus hierüber Honorar für 1/4 Jahr
ein, obwohl die Anstalt in diesem Semester nicht be-
zahlt wird und die Kündigung vor Beginn des neuen
Semesters erfolgte. Die Kasse ist gestützt auf einen
Anmeldebogen, in dem auf ein Prospekt Bezug ge-
nommen wird, welcher letzterer die halbjährliche Kün-
digungsfreiheit vorsieht. Obwohl der Beflagte glaub-
würdig behauptet, den Prospekt nicht erhalten zu haben,
und der Kläger den Beweis der Anstellung nicht
bringen konnte, kam das Gericht zur Entscheidung im
Sinne des Klägers.

Nah und Fern.

Gegenbesuch Kaiser Wilhelms in England?

Der Gegenbesuch des deutschen Kaisers für die
Teilnahme des Königs von England bei den Feierlich-
keiten anlässlich der Hochzeit der Prinzessin Viktoria
Luise am Berliner Hofe soll nach einer Meldung des
„Daily Telegraph“ im August dieses Jahres erfolgen.
Bei dieser Gelegenheit soll in Spithead eine Flotten-
parade stattfinden, an der ein deutsches Geschwader,
das den Kaiser auf seiner Reise begleiten wird, teil-
nehmen wird.

Antisemitische Mäxchen im „Vorwärts“.

Trotzdem Männer international-jüdischer Rasse eine
so große führende Rolle in der sozialdemokratischen An-
stiftungsbewegung spielen, brechen in dem „Vorwärts“
jeweils doch antisemitische Regungen blickigartig
durch. Dabei richten sich solche auffallenderweise
meistens nicht, wie man bei grundsätzlichen Religions-
feinden annehmen sollte, gegen die strenggläubigen
Talmut-Juden, sondern gegen jüdische Freigeister, die
nicht mehr als Juden gelten möchten. Führte da
für, daß das sozialdemokratische Zentralorgan eine lange
Reihe von Artikeln an, die heute bereits durch Auto-
maten vertrieben würden. Am Eingange eines Zi-
garengeschäftes in Berlin habe sein Berichterstatter
sogar einen Automaten bemerkt, der gegen Einwurf
eines Zehnspfennigstückes das neue Testament nebst
Palmen verabfolgte. Dann aber höhnt der kleine
antisemitische Schächer im „Vorwärts“ wie folgt:

„Wo der Apparat steht, verrate ich nicht. Warum
nicht? Je nun, sonst geht der Herr Geheimrat
Cassel (!) dreimal am Tage vorbei, wirft mit ostentat-
iver Gebärde, damit ihn alles Volk sieht, zehn
Pfennige in den Schlitz und nimmt solch das Testa-
ment heraus, das Neue Testament! Auf die Palmen
(Davids) legt er weniger Wert.“

Wird Herr Geheimrat Cassel nicht bei seinen schon
zur Sozialdemokratie hinübergewanderten Stammesge-
nossen Beschwerde über solche böshafte Verhöhnung er-
heben und Bestrafung des Schuldigen fordern? Oder
scheidet der Uebergang zur Sozialdemokratie die jüdi-
schen Leute so scharf von ihren übrigen Stammesge-
nossen, daß sie Kränkungen jener gar nicht mehr sol-
darisch misshandeln, wie es doch sonst immer zwischen
den bei den verschiedensten Völkern hundertenden Juden
der Fall zu sein pflegt.

Die fortschrittlichen Hörigen werden von den
herrschenden Blodgenossen auch gern mit ihrer Juden-
liebe gehänselt. So machte der „Vorwärts“ angeführt
der preussischen Abgeordnetenmalen den bürgerlichen
Parteien influtische des Fortschritts den Vorwurf, daß
sie die (undurchsichtbaren) sozialdemokratischen Anträge
auf noch weitergehende Verbesserung der Unterbeamten-
gehälter 1909 abgelehnt, dagegen gleichzeitig die Ge-
hälter der Geistlichen beider christlichen Konfessionen
erhöht hätten. Dann hieß es wörtlich: Der Fortschritt
hätte gern auch noch mehr bewilligt, wenn gleichzeitig
die Kabbiner aufgebessert worden wären!

— Unter dem Titel: **Antisemitismus im „Vor-
wärts“** schreibt die „Freisinnige Ztg.“, das Haupt-
organ der freisinnigen Judenklubtruppe:

Folgende Notiz befindet sich in der Sonntags-
nummer des sozialdemokratischen Zentralorgans: Der
Goldfund bei Oberswalde wurde S. M. von dem
Chef des Meiningwertes zur Verfügung gestellt. —
Aron Hirsh wird dafür einen Orden bekommen.
Also wenn man einen Juden beim richtigen Namen
nennt, dann ist man schon — Antisemit. Das ist der
Wispel der — Empfindlichkeit.

— **Enden** soll mit einem Kostenaufwand von
21 1/4 Millionen Mark zu einem Weltplatz ausgebaut
werden. Trotz Jud Ballin. Hier legt der sich gipfen,
daß all sein Gemeinwohl höheres Orts war „um
ein Funf“.

Hannover.

Der nationalliberale Abg. Held hatte am Amts-
gericht Charlottenburg eine Beleidigungsklage gegen
die B. J. am Mittag eingereicht, die in einem Artikel
ausgeführt hatte, ein preussisches Gericht habe dem
Abg. Held beschönigt, daß er sich der Wechselreitereien
und betrügerischer Manipulationen schuldig gemacht
habe. Das Gericht aber hat diese Klagen zurückge-
wiesen mit der Begründung, daß der nach den Fest-
stellungen der Strafkommission Hannover erwiesene Wechsel-
verkehr zwischen Held und Terlingen als anstößiger
Weg der Wechselreiterei anzusehen sei, auch die von
Held vorgenommene Manipulationen als betrügerisch
zu bezeichnen seien. Hat nun die nationalliberale
Partei an ihrem „Gelden“ noch nicht genug?

Württemberg.

Die Erhöhung der Zölle des Königs um
350 000 Mark ist nun auch von der ersten Kammer
des württembergischen Landtags angenommen worden.
Sie wird jetzt 2 150 000 Mark betragen.

Die Judenfrage in der Armee.

Die in der Budgetkommission des Reichstages von
Sozialdemokraten und Fortschrittlichen laut gewordenen
Klagen über Zurücksetzung von Juden in der Armee
— das letzte Mal als Militärärzte — sind „alle
Kamellen“. Wie steht es denn mit den freiwillig nach
unseren Kolonien gehenden jüdischen Militärärzten?
Warum wiesen die roten Nixler bei der Schattierungen
dieses Mal nicht auf das von ihnen sonst so hochge-
prezierte und als Musterbeispiel herangezogene Ausland
hin? Wie sieht es in dieser Beziehung z. B. in den
Niederlanden aus, einem Staate, der nach der Auf-
fassung unserer Notizen eine Sdealverfassung hat, und
wo folglich von Unterdrückung der Staatsangehörigen
keine Rede sein kann? In den blutigen vierzigjährigen
faum beendeten Kriege auf Aijeh, Nordost-Sumatra,
vielleicht dem langwierigsten und tödlichsten Kolonial-
krieg der Neuzeit, mit mörderischem Klima, in dem
zahllose christliche holländische und deutsche Mediziner
ihrer Pflicht zum Opfer fielen, verlagten die wenigen
Juden vollständig und mußten nach kürzester Frist
„evacuirt“ werden. In solchen Fällen pflegt das
Gedächtnis unserer gewerbsmäßigen Opposition stets
zu verlagern.

Zukunft des Juristenstandes.

In der Monatschrift „Recht und Wissenschaft“
schreibt über die Zukunft des Juristenstandes Dr. jur.
Walther Walbischmidt (Berlin):

Niemand wird behaupten, daß die Einrichtung von
Sondergerichten ein Vertrauensvotum für die ordent-
lichen Gerichte bedeute und die Juristen sonderlich
stolz auf die Errichtung dieser Sondergerichte zu sein
brauchen. Das Studium der Institutionen und Kan-
diden, so sehr es den Scharfsmut üben mag, muß mehr
oder weniger freiwillige Wehrgänger werden. Das
Studium des römischen Rechtes muß in der Haupt-
sache Rechtsgeschichte werden, so wie das altdeutsche
Recht schon jetzt zumeist behauptet wird. Noch viel
weniger Bedeutung kann und braucht dem Kirchenrechte
geschenkt zu werden. Wozu quälen wir uns mit den
Rechtsfragen aus veralteten wirtschaftlichen Zuständen?
Wohin um unsern Geist zu bilden, unsern Scharfsmut
zu üben; das ist gewiß eine nützliche Beschäftigung,
aber bietet unter modernem Leben mit seinen viel ver-
wickelteren Verhältnissen und Rechtsfragen nicht Stoff
genug, um daran sein Denken und Vermögen zu prüfen
zu können? Auch die Chemie, so gut wie die
Jurisprudenz, haben das Bedürfnis, die Fülle der Er-
scheinungen, die sie interessieren, zu ordnen und Be-

griffe, in denen sie Gleichartiges zusammenfassen, zu
bilden. Die Naturwissenschaft weiß heute, daß sie an
die Galtigkeit ihrer Naturgesetze nur solange glauben
darf, bis eine Tatsache zuverlässig beobachtet wird, die
die beschränkte Galtigkeit des Naturgesetzes erweist.
Ebenso hat die Naturwissenschaft eingesehen, daß ihre
Begriffe keinen Anspruch auf Unwandelbarkeit haben.
So hat sie in diesen Tagen einen ihrer festesten be-
grifflichen Bausteine ins Wanken kommen sehen: den
des „Elements“. Aber die Juristen, obgleich sie an
unwandelbares Recht längst nicht mehr glauben, scheinen
den Glauben an die Unwandelbarkeit der juristischen
Begriffe beibehalten zu haben. Lieber zwingen sie die
Tatsachen in juristische Begriffe, als daß sie von den
Begriffen etwas nachlassen — daher das Hilfsmittel
der Fiktion — und so kommt es, daß die Starrheit
der juristischen Begriffe zu Schlägen führt, welche den
Tatsachen Gewalt antun. Nicht die Kenntnis des
Rechtes ist ungenügend bei den Juristen, sondern die
Kenntnis der Tatsachen und der Denkformen, welche
die Juristen beurteilen sollen. Die Zeit zum Erwerb
dieser Kenntnis muß geschaffen werden, indem das
Gymnasium für eine bessere naturwissenschaftliche Vor-
bildung sorgt und die kostbare Universitätszeit besser
ausgenutzt wird. Wenn die Juristen ihr hohes An-
sehen sich erhalten wollen, wird ihnen nichts anderes
übrig bleiben, als hinzuwirken, daß sich die Lehrer des
Handelrechts mit den Grundzügen der kaufmännischen
Buchführung und der Bilanzkunde vertraut machen,
daß die Lehrer des Privatrechts die Rechtsbegriffe und
ihre Beispiele den heutigen wirtschaftlichen Zuständen
entnehmen und auf diese Weise ihre Vorlesungen so
anziehend machen, daß die jungen Juristen sie eben-
so gern besuchen, wie junge Mediziner oder Chemiker die
Vorlesungen ihrer Lehrer besuchen, nicht, weil diese
Studenten an sich fleißiger sind, sondern weil die
Vorlesungen interessanter sind.

Der neue „Freund“ des Kaisers.

Der orientalische Kaufmann Sigmund Mayer rügt
in seinen dreibändigen Lebenserinnerungen (Verlag von
Duncker und Humblot in Leipzig) die jüdische Gießerei,
die nach Lobprüden, Aeußerlichkeiten und „Auszeich-
nungen“ sich sehnt, während er die „innere Selbstaus-
zeichnung“ vorzog. Zu diesen raren Vögeln gehört
der jüdische Böhmer Martinus Kappel in Berlin nicht.
Er läßt in der stammerwundenen Kasse des In-
 und Auslandes verfallen, was wir schon kurz gemeldet
haben, daß er einen hohen preussischen Orden und den
Besuch des Kaisers erhalten hat, und diese wundervolle
Nachricht trägt in den Korrespondenzen der Zeitungen
die Aufschrift: „Der neue Freund des Kaisers“. Es
ist nicht ohne Interesse, den Maßstab zu lesen, den
der Schmod des neugeborenen preussischen „Ritters“
an die ausländische Presse schrieb. Er lautet:

Kaiser Wilhelm sucht seinen Verkehr bekanntlich
in den verschiedensten Berufs- und Gewerbstätigkeiten.
Kürzlich hat er einen Angehörigen der Berliner Finanz-
und Börsekreise mit der besonderen Auszeichnung
seiner persönlichen Befehle bedacht. Das ist Herr
Marcus Kappel, der neue Freund des Kaisers. Herr
Kappel zählt zu den Ercheinungen der Berliner Ge-
sellschaft, denen es niemals an der Wege gelungen
war, daß sie sich einmal der Freundschaft des Kaisers
erfreuen würden. Er hat sich aus kleinften Anfängen
emporgearbeitet, und in den letzten Jahren haben ihn
glückliche Bankgeschäfte zu einem der vermögsten
Leute von Berlin gemacht. Man kann aber sagen,
daß er seinen Reichtum in gemeinnütziger Weise an-
zulegen versteht. Besonders danken ihm viele Künstler
ein großzügiges Entgegenkommen. Die Gemälde-
galerie des Herrn Kappel zählt zu den wertvollsten
Privatsammlungen der Reichshauptstadt. Geheimrat
Bode interessierte sich von jeher stark für die Kappel-
schen Sammlungen und es ist ihm gelungen, Herrn
Kappel zu veranlassen, seine Sammlung testamentarisch
dem Kaiser-Friedrich-Museum zu vermachen. Es ver-
steht sich von selbst, daß ihm dafür eine Begünstigung
gewährt wurde. Außer einem hohen Orden erhielt er
eines Tages die Anwartschaft, daß der Kaiser ihn
persönlich aufsuchen werde, um seine Sammlungen zu
besichtigen. Der Besuch des Kaisers bei Herrn Kappel
ist nun auch erfolgt. Wenn Wilhelm II. auch nur
eine halbe Stunde im Kappelschen Hause gewellt hat,
so ist der Wert der Auszeichnung nicht zu unterschätzen.

„Kaisers“ bei sich gehabt zu haben — das gilt im ge-
sellschaftlichen Leben der Reichshauptstadt als die höchste
„Weise“. Wen der Kaiser mit seinem Wunsch beehrte,
der ist im höchsten Grade gesellschaftsfähig, bei dem
verkehrt nun auch der Hochadel, der Generalstab, der
sieht nun auch Minister und Prinzen bei sich zu Gast.
Die auf diese Weise gewonnenen Verbindungen können
darum auch geschäftlich für den Träger der kaiserlichen
Auszeichnung von hohem Wert sein! Ursprünglich
hat sich die Berliner Hofgesellschaft immer recht energisch
dagegen gewehrt, daß der Kaiser ihr selbst Elemente
zuführte, die ursprünglich nicht recht in diese Kreise zu
passen schienen. Aber allmählich haben sich diese Vor-
urteile gelegt, und so hat es Wilhelm II. verstanden,

einen großen erzieherischen Einfluß auf die Befestigung überlebiger Gesellschaftsformen auszuüben.

So empfiehlt sich Herr Markus Kappel höchstselbst dem intensiveren Interesse der Menschheit. Sie sind sich alle, alle gleich! Sehr niedlich ist der Hinweis, daß „auf diese Weise gemene Verbindungen geschäftlich von hohem Werte“ seien. Und sehr bezeichnend die Bemerkung, daß es im wesentlichen der Haltung des Monarchen zuzuschreiben ist, wenn heute, früher für unüberwindlich gehaltene Gesellschaftsformen leider so gut wie beseitigt sind. Aber was der „neue Freund“ des Kaisers offenbar aus vollstem Herzen begrüßt, ist für andere Ursache zu wenig freundlichen Betrachtungen, in die sich eine erkleckliche Dosis Bitternis mischt.

Wandelstamm und Silberfarb.

Dem Leipziger Beispiel, wonach nur solche russische Studenten an der dortigen Universität Aufnahme finden, welche schon eine russische Hochschule besucht haben, ist auch die Münchener Universität gefolgt. Ein jüdischer Student, der in Rußland ein Gymnasium vollständig besucht und in Bern sein erstes Semester verbracht hat, erhielt auf sein Gesuch um Immatrikulation an der Universität München eine gedruckte Ermiderung, in der gelagt wird, daß die von der bayerischen Regierung für die Münchener Universität festgesetzte Höchstzahl russischer Studenten zur Zeit weit überschritten sei. Wenn wieder Plätze frei würden, so könnten nur solche russische Studierende aufgenommen werden, die sich über eine ausreichende Kenntnis der deutschen Sprache sowie darüber ausweisen, daß sie ein achtjähriges Knabengymnasium absolviert und schon an einer russischen Universität oder an russischen technischen Hochschulen studiert hätten. Auch für die Studierenden der Balkanstätten seien solche Höchstzahlen festgesetzt. Der Verband ostjüdischer Studentenvereine in Westeuropa* behauptet nun zunächst im Hinblick auf das Leipziger Beispiel in der „Frankf. Ztg.“, die deutschen Maßregeln bedeuteten eine völlige Verhütung des Bildungsweges für russische Juden. Der weitaus größte Prozentsatz der im Auslande studierenden russischen Staatsangehörigen (bis 80 v. H.) besticke aus Juden, die infolge der in Rußland bestehenden Ausnahmegesetze vom Universitätsstudium fast vollständig ausgeschlossen seien, und zwar durch die Bestimmung, daß an den russischen Universitäten Juden nur in ganz bechränktem Maße (3 bis 5 v. H. der nichtjüdischen Studierenden) aufgenommen werden können. Es werde also dem größten Teil der russisch-jüdischen Abiturienten die Möglichkeit genommen, auch nur einen Tag, geschweige denn ein Jahr an einer heimatlischen Universität immatrikuliert zu sein. Sie müßten vielmehr schon von Anfang an die Gastfreundschaft (!) der deutschen Universitäten in Anspruch nehmen. Dilem! Dem Bedürfnis der russischen Juden steht unser Bedürfnis gegenüber, eine Schranke gegen den allzu reichlichen Zustrom der Studierenden „aus Rußland“ aufzurichten. Welchen Charakter diese russischen Studenten tragen, ist ja mählich bekannt. Wir haben also wirklich keinerlei Bedürfnis, diesen in Rußland, also in ihrem Geburtslande, nicht geduldeten Elementen Gastfreundschaft zu gewähren, die sie bisher

nur dazu benutzt haben, um sich auch uns von Tag zu Tag widerwärtiger zu machen. Zudem kommt zu gleicher Zeit mit den Leipziger und Münchener Entschlüssen — von Berlin hört man befremdlicher Weise immer noch nichts — ein Warnungsruf aus Rußland selbst, der jede Beachtung verdient. Darin wird auf einen großen Strafprozeß hingewiesen, der soeben vor dem Geschworenengericht in Wilna beendet wurde. Es handelt sich um ein geschäftliches Unternehmen größeren Stils für die Fällung von Reisezeugnissen und Utensilien aller Art. Nicht weniger als 90 Angeklagte hatten vor Gericht zu erscheinen; zum Teil waren es Inhaber des Unternehmens, zum Teil deren Agenten, die die Zuführung von Kunden besorgten, und zum Teil Staatsbeamte und Angehörige der freien Berufe, die auf Grund der gefälschten Reisezeugnisse Einnahmen im öffentlichen Leben errungen hatten. Was in der russischen Rechtspraxis nicht übertrifft, trat ein: Die Reisezeugnisse und Utensilien wurden durchweg vom Gericht für gefälscht erklärt, aber die Fälliger wurden freigesprochen. Wenn es nun schon in Rußland selbst möglich war, mit gefälschten Zeugnissen die eigenen Behörden des Landes zu täuschen, dann ergibt sich für ausländische Behörden in erhöhtem Grade die Verpflichtung, russische Zeugnisse sich nur mit dem größten Mißtrauen anzusehen.

Die „Akademischen Monatshefte“, das Organ des Kölner S. C., hatte geschrieben: „An der antisemitischen Bewegung haben sich die Korps nicht beteiligt. Wenn sie Juden nicht mehr aufnehmen, so dürfte hierfür die Erfahrung maßgebend gewesen sein, daß deren Zugang zu einem Korps, das ihnen grundsätzlich Aufnahme gewährte, meist ein sehr großer war, daß man fürchten mußte, die jüdischen Mitglieder würden an Zahl vorherrschend und der Charakter des Korps ein jüdischer werden. Außerdem war das gesellschaftliche Niveau, auf dem die sich zum Eintritt meldenden Juden standen, ein sehr verschiedenes. Deshalb erachteten es auch viele der schon im Korps befindlichen Juden für angezeigt, dem Zubrang ihrer Stammesgenossen zu wehren... Das hat nun das bekannte Denunziationsorgan in Harnisch versetzt. Wozu aber, fragen wir, der Lärm? Wäre es nicht richtig, nach dem Muster der von allen Deutschen gebilligten rein-jüdischen Regimenter mit rein-jüdischen Offizierskorps, die wir so oft und so warm empfohlen haben, auch rein-jüdische Korps zu gründen? Die Herren haben das Geld, sie haben die Leute. Sie sind also auch in stände, gleichartige, wenn auch nicht gleiche Korps auf die Beine zu stellen und den jehigen Korps zu zeigen, daß sie ihnen in keiner Hinsicht nachstehen. Warum geht man nicht so vor?“

Judenverfolgungen in Rußland.

Zu letzter Zeit häufen sich die Massenansammlungen von Juden aus verschiedenen Gebieten des russischen Reiches. Ein soeben erlassener Befehl des Kommandierenden des Wilnaer Militärbezirks Generalis v. Rennentamp bietet einen Beweis für die Tatsache, daß die Judenverfolgung auch auf anderen Gebieten

gegenwärtig in Rußland mit Hochdruck betrieben wird. Der General verbietet den Offizieren, sich auf der Straße sowie in öffentlichen Lokalen in Gesellschaft jüdischer Bekannter zu zeigen. Ueber die strenge Durchführung dieser Verordnung haben die Stadtkommandant und seine Adjutanten zu wachen.

Die jüdischen Offiziere in Frankreich.

Die im französischen Offizierskorps immer scharfer hervortretenden Grenzlinien, die durch die außerordentliche Bevorzugung der Schüler von Saint Cyr gegenüber den Sortis du rang, also den aus der Front herorgegangenen gezeitigt worden sind und — das Schlimmste in einem Offizierskorps — zwei Klassen von Offizieren zu freieren drohen, haben wieder die Aufmerksamkeit auf die zahlreichen jüdischen Offiziere in Heere der französischen Republik gelenkt. Eine starke Strömung macht sich gegen diese „Kameraderen“ fühlbar, die es geschickt verstanden, sich auf Bureau und überhaupt in lukrativen Abkommandierungen herumzubriden und sich auf jede mögliche Weise dem Kriegsdienst entziehen. Der Stel vor diesen jüdischen Offizieren hat nun bereits zu einer Stimmung geführt, die unmittelbar zur Insubordination führt. Mehrere aus Dijon nach Paris versetzte Kompagnien und Ersatzmannschaften weigerten sich offen, den jüdischen Offizieren zu gehorchen. Bei der Sucht der französischen Militärbehörden, sich in der Gunst der großen Masse der Bevölkerung zu halten, wird es schwer sein, mit aller Energie gegen diese Mannschaften vorzugehen, — da eben die Bevölkerung und ein großer Teil der zweiten Kammer hinter ihnen steht. Das Kriechen vor den Juden im modernen Frankreich rächt sich jetzt schwer. Die Presse, besonders die Pariser Zeitungen, suchen den traurigen Fall zu verwickeln.

Bei Einkäufen empfehlen sich:

- Richard Elze**
Grösste Auswahl in Posamenten, Trikotagen, Kurz-, Woll- und Weisswaren. — Neu aufgenommen: Patz.
Gegründet 1855. Marktplatz 6.
- Alexander Blau**
Tapissier, Posamenten, Trikotagen und Wollwaren.
Geschäft besteht seit 1853. Leipzigerstrasse 99.
- W. F. Wollmer**
Posamenten, Strumpfwaren, Trikotagen, Wollwaren.
Gegründet 1769. Gr. Ulrichstrasse 4.
- H. Schneewacht, A. & F. Ebermann.**
Spezialität Trikotagen, Strümpfe.
Gr. Steinstr. Nr. 84.
- Gust. Liebermann**
Herrenartikel, Wäsche, Trikotagen, Strümpfe, Wollwaren.
Geiststr. 42.

Reinhold Grünberg
Leipziger Str. 21 ■ Fernsprecher 3548.
Leinenhaus und Wäschefabrik.
Magazin für Braut- und Kinder-Ausstattungen.
Herrenwäsche.
— Oberhemden • Nachthemden • Reformhemden etc. —
Sämtliche Unterkleider • Fertige Betten, Federn u. Daunen.
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Zur Verlobung und Hochzeit
Geschenke in grosser Auswahl.
Komplette Braut-Ausstattungen
in Kristall, Porzellan, Silber, Nickel etc. etc.
Louis Böker, Leipziger Str. 7.

Aufgepasst!
Ausgeklagte Forderungen:

1. 95 Mark nebst Zinsen und Kosten an den **Zuschneider Kurt Urbach**, hier, Gütchenstrasse 14.
2. 20 Mark 55 Pfennige nebst Zinsen an den **Tischlermeister Adam Becker**, hier, Harz 28.
3. 31 Mark 40 Pfennige nebst Zinsen an den **C. R. W. Kahlmann**, Bankgeschäft für Hypotheken und Grundbesitz, Gen.-Agent der Feuer-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft Globus und der Schweizerischen Lebens-Versicherungs-Anstalt, hier, Merseburger Strasse 14.

sind zu verkaufen. Off. unter D. R. 60 an die Expedition d. Zeitung.

Oberhemden
weiß und farbig
auch nach Mass.
Große Auswahl in
Krawatten
Unterzeuge, Strümpfe etc.
empfehit
L. Remmler
Leipziger Str. 103.

Grössere Weisszuckerfabrik im Bezirk Halle sucht zum baldigen Antritt einen äusserst gewissenhaften
I. Buchhalter.
Schriftliche Meldungen mit Angabe von Referenzen unter V. 808 an d. Exp. d. Magdeburger Ztg. erbeten.
Buchhalter
bilanzsicher und flott korepondierend, mit nachweislich besten Erfolgen. Ausführliche Angebote m. Bild u. Zeugnis-Abschriften erbeten. Siemens-Schuckert Werke, G. b. H., Posen.

Suche zum 1. Juli einen tüchtigen, erfahrenen, ledigen
Gärtner
bei fr. Wohnung und Station Karl Bogk, Freigut Nr. 2 Wolferode bei Eisleben.
Ich suche für sofort einen
Commis
branchekundig und sicher in Buchhaltung, Adolf Rose, Langenweddingen, Getreide- und Düngemittelhandlung.
Suche Stütze
die kochen kann oder Köchin für kleines Pensionat. Reichelheim, Elbingenrode, Schlossgarten.

Halle'sche Reform.

Organ für das  werktätige Volk.

Abonnements-Bedingungen.

Die „Halle'sche Reform“ erscheint am 1. und 15. jeden Monats. Der Abonnementspreis beträgt in Halle: frei in's Haus 1 M. 50 Pf., Durch die Post: 1 M. 62 Pf., inkl. Bestellgeld. (Post-Zeitungsliste Nr. 3398.) Durch Kreuzband bezogen 2 M. 25 Pf. für drei Monate. Einzelnummer 20 Pf. — Inserate: Die fünfspaltige Petit-Zeile 20 Pfennig. Alle Sendungen sind an Redakteur C. Schröder, in Halle a. S. Mittelstraße 6 zu richten.

Nr. 14.

Halle a. S., den 15. Juni 1913.

20. Jahrgang.

An die Bürger in Stadt und Land!

Das Urteil.

Mit dem Aufwand einer gewaltigen Zunge- und Federkraft waren Liberalismus und Sozialdemokratie ausgezogen, um in das „alte Preußen“ eine Dreiecke zu legen, durch die der Geist eines Schiffers, Cassef und Liebtnecht unter der Devise „ex oriente lux“ (aus dem Osten kommt das Licht) seinen Einzug halten konnte. Zum zweiten Male ist der Kampf gekämpft worden mit dem Feldgeschrei: „für ein gerechtes Wahlrecht!“ und zum zweiten Male ist alles beim alten geblieben, denn die geringen Veränderungen, die stattgefunden haben, sind durchaus einflusslos auf die Mehrheitsgestaltung des neuen Abgeordnetenhauses. Trauernd stellt die Vorkämpferin für südliche Interessen, das „Berliner Tageblatt“, dies vernichtende Urteil des preussischen Mittelstandes über südlich-demokratische Herrschaftsgelüste fest, und die größeren und kleineren Glieder der Mossegemeinde schließen sich dem Klagen an.

Der preussische Mittelstand hat gesprochen. Buntschraubend stellte vor wenigen Tagen die sozialdemokratische Presse fest, daß das preussische Wahlrecht diesen Volksteil zum ausschlaggebenden Wahlfaktor mache, eine Feststellung, die im Gegensatz zu den liberalen Behauptungen die Auffassung unserer Rechtsparteien bestätigt. Das gegenwärtige Wahlrecht ist in der Tat trotz aller Mängel ein Mittelstandswahlrecht, und unsere vaterländisch gesinnten Arbeiter brauchen darüber nicht traurig zu sein. Ihre Interessen sind dabei besser aufgehoben, als wenn ein demokratisches Wahlrecht dem Terrorismus der Sozialdemokratie und der Gewinnsucht des spekulativen Großkapitals ausschlaggebenden Einfluß verschaffe. Die Mehrheit des preussischen Abgeordnetenhauses, die sich der werktätige Mittelstand erhoffen hat, hat auch zugleich ein warmes Herz für den Arbeiterstand, für dessen arbeitssame, intelligente Elemente eben diese Mehrheit die Möglichkeit des sozialen Aufstieges schaffen will durch Erhaltung einer breiten, lebensfähigen Mittelklasse.

Wäre die Politik der bisherigen Mehrheit keine gewesen, hätte sie den Lebensinteressen unserer Mittelklasse hätte auch das preussische Wahlrecht ein Volksgericht nicht an ein solches Volksgericht hat eben schon einmal eine frei nationalliberale Mehrheit unter demselben Wahlrecht hinweg.

Alles liberale Geschrei um ein gerechtes Wahlrecht ist als der Ausfluß des trassierten Parteinteresses. Weil die Macht verloren ging durch gewaltige Verflüchtigung an den Volkses und nicht wieder erlangt werden kann infolge der vaterländischen Politik der jetzigen Mehrheit, ist diese Macht durch ein Wahlrecht, das den Minderheiten auf den Leib geht.

Der Mittelstand aber, soweit er nicht durch die ir Tätigkeit der jüdisch-liberalen Presse in das Lager seiner ist nicht gewillt gewesen, den Freunden des Großkapitals Umsturzes den Weg zur Macht zu ebnen. Preußen wird bleiben, das feste Bollwerk der Ordnung einer Autorität, Königstreue, das Preußen, in dem die Freiheit aller das daß die Schwachen Schutz finden sollen vor den Die Die Parole des Liberalismus: „Es handelt sich um das W hat das Volk wohl durchschaut, es hat ferner herausgefunden nur um das Regiment im Parlament streitet, also deutlich hervortreten lassen. In Wirklichkeit aber ist

der Liberalismus der größte Feind des schaffenden Mittelstandes herausgebildet hat, obnächsig Geschäftsmann, der Handwerker um seine Existenz.

Der Liberalismus wandert in den Fußstapfen des Bundes, der sich aus Warenhausjuden zusammensetzt und Die Liberalen führen ins Feld, daß die Angehörigen des recht nicht hätten ausüben können, weil sie einen wirts rechts und links zu gewärtigen hätten. Niemand handelt Freisinnigen, das hat die „Halle'sche Reform“ seit Jahren ein solcher Schutz bemerkt, daß die „Halle'sche Reform“ zu den Geschäftsinhabern und warnt diese, dies weiterhin zu tun, wenn ihm die „Juden- und freisinnige Ruchschaff“ lieb sei. Die Liberalen haben somit getan: „Wie ich denk' und tu', traun ich andern zu!“

Konferoalto bedeutet, am Hergebrachten festhaltend im Staats- und Parteeleben.

Liberal früher: freigebig, gütig; jetzt soviel wie freisinnig, nach Freiheit strebend, Beseitigung aller einengenden Schranken.

Die Aufklärung empfängt das Volk heute ausschließlich nur durch die von der Judenchaft abhängige Presse, das Volk wird irregeleitet, was nicht ihr Horn bläst, wird gelästert und verächtlich gemacht, wofür das Volk leider empfänglich ist.

Der Mittelstandsbund für Halle a. S. und den Saalkreis ist bemüht, das Volk von Vorurteilen zu befreien und die Bürger in ihrer selbstverschuldeten Unmündigkeit aufzuklären.

Wir finden unsere Vertretung im Reichstag durch die „Wirtschaftliche Vereinigung“. Wenn wir uns gegen unsere Bedrücker energisch wenden, ist es der erste, der Liberalismus, der die vernünftige Aufklärungsarbeit in lächerlicher Weise bekämpft.

Nicht nur in der Stadt sondern auch auf dem Lande saugen unsere Bedrücker das Volk aus. Hier kann nur offene Sprache Erfolge und Aufbesserung der Verhältnisse zeitigen. Einen Kuhhandel, wie ihn die Parteien im Reichstag treiben, gehen wir niemals ein. Wir haben von allen Parteien nur schöne Reden gehört, aber Erfolge noch nicht erlebt. Wir geben was dem Kaiser ist und fordern was dem Volke zukommt.

Ihr Bürger in Stadt und Land

merkt wohl, gemeinnützige Hilfe kommt von „oben“ niemals, wir müssen uns selbst helfen durch Zusammenschluß und Opferfreudigkeit.

Das Kriechen vor dem Judenvolk im modernen Deutschland rächt sich immer schwerer.

Wer mit uns denkt und fühlt, der melde sich als Mitglied zu dem Mittelstandsbund für Halle a. S. und den Saalkreis (gegr. 1908) Geschäftsstelle

Warenhäuser!

diese Auswüchse der modernen Entwicklung, diese in aller Art die Kaufkraft wachrufen und unheimliche Spekulation. In den Großstädten wuchsen sie wurden dort ihre Dimensionen, immer umfangreicher. Und beim Essen wuchs der Appetit. Ihre Filialen in Mittelstädten folgten, und ihre weiter und weiter in die Provinz hinein. Der Weg, den sie genommen haben. Handwerker, alle Art konnten neben diesen Wunderblumen trauernd zusehen, wie jenen auf ihren lang erstand. Der Kapitalismus siegte auf den vernichtenden Mittelstandserfahrungen thronie die tröstete die Unglücklichen mit den freundlichen geschichte läßt sich niemals aufhalten. Es ist das sie von den Starke aufgefressen werden.“

ärtere Bruder dieser Götin, der Sozialismus, und Loren, warum stützt ihr weiter diesen Rader Staat, müher nicht mehr erfüllt, der euch zugrunde gehen schtigkeit und aller Vaterlandsliebe. Folgt meiner Iraten. Ein neuer Staat soll den alten ablösen, Schwachen wieder zu ihrem Rechte kommen.“ wenn viel ehemalige Mittelstandserfahrungen, durch es Kapitals unter dem Schutze liberaler Freiheitsheit und Besitz hineingeworfen, solchen Lockungen es neue Warenhaus, das — um mit einem Hamen — „wieder Kaufenden von selbständigen Existenz wegzieht“, schafft dem gegenwärtigen Staat fast ebenso viele Feinde.

ind doch nicht die einzigen Giftblumen der modernen handgeschäfte, die Filialunternehmungen mit ihren Zweigstellen, große Aktienunternehmungen, die Jahr für Jahr eine Anzahl selbständiger Betriebe in sich aufsaugen, schaffen demsozialdemokratischen Revolutionsgedanken immer neue Scharen Anhänger. Man bedenke doch, daß allein durch die Großmühlen, die am Mittel- und Unterlaufe unserer großen Ströme entstanden sind, jährlich 500—600 kleine Mülleerbetriebe vernichtet werden; dann wird man sich vielleicht ein Bild machen können von der ungeheuren

